

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraph-Adresse:  
„Tageblatt“, Riesa.

**Amtsblatt**

Verantwortl.  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 79.

Donnerstag, 5. April 1906, abends.

59. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Ledger bei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der Postämter 1 Mark 85 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Remittabonnements werden angenommen.

Einzelgen-Kassnahme für die Nummer des Ausgabestages bis vormittags 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langner & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Gostkestraße 66. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Im Restaurant zur „Uinde“ in Neumeida — als Versteigerungsort — kommen Montag, den 9. April 1906, mittags 12 Uhr 2 Autoswagen und 1 dgl. (Hintersieder) gegen sofortige Bezahlung zur Versteigerung. Riesa, den 4. April 1906.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

**Anzeigen** für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten wir uns bis spätestens vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.

Die Geschäftsstelle.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und bez. Ergänzungssteuer-einschätzung den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmungen in § 46 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und bez. § 28 Abs. 2 des Ergänzungssteuergesetzes vom 2. Juli 1902 alle Personen, welche hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden.

Dessl., den 3. April 1906.

Der Gemeindevorstand.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 5. April 1906.

Im städtischen Schlachthof zu Riesa gelangten im Monat März zur Schlachtung 723 Tiere und zwar: 24 Pferde, 99 Rinder (10 Ochsen, 11 Bullen, 70 Kühe, 8 Jungkinder), 163 Rälber, 321 Schweine, 113 Schafe und 3 Ziegen. Von diesen Tieren war keines als gänzlich unbrauchbar für den menschlichen Genuß zu bezeichnen. Als bedingt tauglich waren anzusehen: 1 Schwein und 1 Kalb, deren Fleisch in getohtem Zustande auf der Freibank verkauft wurde, während 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Kuh, 1 Schaf und 1 Schwein als tauglich, aber minderwertig befunden und in rohem Zustande auf der Freibank verkauft wurden. Not-schlachtungen fanden statt bei 2 Pferden, 1 Schwein, 1 Kalb und 1 Ziege. An einzelnen Organen waren zu ver-nichten bei Pferden: 1 Leber, 1 Darmkanal und 1 sonstiges Organ; bei Rindern: 38 Lungen, 8 Lebern, 7 Darmkanäle und 11 sonstige Organe; bei Rälbern: 3 Lungen, 6 Lebern, 1 Darmkanal und 2 sonstige Organe; bei Schweinen: 18 Lungen, 17 Lebern, 11 Darmkanäle, 2 kg Muskelfleisch und 2 sonstige Organe; bei Schafen: 25 Lungen und 15 Lebern; bei 1 Ziege sämtliche Hauseingeweide. Von aus-wärts wurden in den Stadtbetrieb eingeführt: 7 Rinder-vertel und 1 Kalb.

Der für heute, Donnerstag, abend angeordnete Vor-trag des Herrn Arnold muß, wie uns mitgeteilt wird, infolge Unpäßlichkeit des Referenten eine Verschiebung auf eine späteren Tag erfahren.

Die gestrige General-Versammlung der „Ver-einigten Elbeschiffahrts-Gesellschaften“, Ar-tistengesellschaft in Dresden genehmigte einstimmig die Regu-larität und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 9% gegen 0 im Vorjahre fest. Aus dem Aufsichtsrate aus-scheidende Herren wurden sofort wiedergewählt. — Seitens der Verwaltung wurde noch folgende Erklärung abgegeben: Die Sache Anfragen, die in der letzten Zeit aus Aktionär-reisen an uns gelangt sind und einen vermeintlichen Tarif-rieg im Elbeschiffahrtsgeschäft zum Gegenstande haben, veranlassen uns zu der Erklärung, daß die Frachtsätze im allgemeinen gegenwärtig um circa 10%, höher sind als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Betrieb im ersten Quartal dieses Jahres hat uns wesentlich erhöhte Ein-nahmen gebracht, und haben wir auch derzeit alle Ursache, mit dem Geschäftsgang durchaus zufrieden zu sein.

Der Sächsische Landesverein des Evan-gelischen Bundes hielt am Montag in Dresden eine ge-schäftliche Sitzung ab. Aus dem Jahresberichte ist zu ent-nehmen, daß der Landesverein an den sächsischen Hilfsaus-schuss für die evangelische Bewegung die ansehnliche Summe von 37 827 M. 84 Pf. abliefern konnte. Der Zentralkasse des Bundes wurden 12 988 M. zugesührt. Die Zahl der Zweigvereine hat sich in Sachsen auf 97 erhöht. Die Bun-desgeneralversammlung wird in Gera und Döbelitz ab-gehalten, während das Jahresfest des Landesvereins am 23. und 24. September in Riesa oder Aue begangen wer-den soll. Auf dem Jahresfeste sollen die gesellige Bage der Evangelischen in Sachsen und der Toleranzantrag be-handelt werden. Die Zahl der evangelischen Jünglings-vereine stieg auf 120 und seit dem Beginn der evangelischen Bewegung im Jahre 1898 sind 38 053 Personen zur evangelischen Kirche übergetreten und 100 evangelische Kirchen konnten vollendet werden.

An den 18 sächsischen Gymnasien haben Ostern 498 Oberprimaner die Maturitätsprü-fung bestanden. Außerdem haben sich noch 7 Extraner, darunter 3 weibliche, und zwar letztere am Gymnasium zu Dresden-Neustadt, dem Examen mit Erfolg unter-worfen. Bemerkenswert ist es, daß die Zahl derer, die Neigung zum Studium der Theologie haben, immer

mehr zurückgeht. Diesmal wollen 48 Abiturienten Theo-logie studieren gegen 66 im Vorjahre. Für das Studium der Jurisprudenz haben sich 145, für Medizin 62, für Tiererzucht 7, für Klassische Philologie 44, für mo-derne Philologie 11, für Germanistik 16, für Mathematik 23, für Naturwissenschaften 13, für Chemie 9 und für das Geschichtsstudium 12 entschieden. In Heer und Marine beabsichtigten 40 Abiturienten einzutreten. Die drei Damen, die diesmal das Abiturienten-Examen bestanden haben, wollen Medizin studieren.

Das „Dresdn. Journ.“ schreibt: „In der sächsischen Presse ist der Selbstmord des Referendars Dr. D. in Aussicht genommen und daran eine Betrachtung über die Notwendigkeit einer Aenderung der geltenden Prüfungsordnung für die zweite juristische Staats-prüfung geknüpft worden. Wie wir hören, war der Sachverhalt folgender. Am 3. Dezember 1905 waren die schriftlichen Prüfungsarbeiten des Referendars Dr. D. bei dem Justizministerium eingegangen. Am 18. Dezember sind sie in der Reihenfolge des Eingangs bei den Mit-gliedern der Prüfungskommission in Umlauf gesetzt wor-den. Die Beschaffenheit der Probefchriften machte ihre Prüfung und Begutachtung durch sämtliche 10 Mitglie-der der Prüfungskommission erforderlich. Ein solcher Fall ist äußerst selten und kommt bei der großen Zahl der Kandidaten (1905: 167) jährlich nur zwei- bis drei-mal vor. Naturgemäß erfordert die Begutachtung durch sämtliche Mitglieder der Prüfungskommission längere Zeit. Das letzte Gutachten ist am 18. März zu den Akten gekommen. Das Endergebnis war dem Kandidaten un-günstig, und es mußte ihm unter dem 20. März seine Zurückweisung auf die schriftlichen Arbeiten bekannt-gegeben werden. Schon vier Wochen zuvor war ihm auf persönliche Anfrage an zuständiger Stelle im Ministerium zwar schonend, aber rückhaltlos mitgeteilt worden, daß der Aussall zweifelhaft sei und er möglicherweise mit der Zurückweisung rechnen müsse. Eine Auskunft, daß „der Referent“ durch Wandtagsarbeiten behindert sei, ist ihm nicht erteilt worden. Referenten werden in Prüf-ungsangelegenheiten überhaupt nicht bestellt. Jedes Mit-glied der Kommission gibt sein Votum auf grund des von ihm selbst gewonnenen Urteils. Am 22. März schied Referendar Dr. D., dessen große Nervosität schon bei seiner Anwesenheit an Ministerialstelle aufgefallen war, freiwillig aus dem Leben. So tief bedauerlich es nun sein mag, daß Dr. D. die schließlich erfolgte Zurückwei-sung nicht hat überleben mögen, so kann doch die Ur-sache nur in einer nervösen Ueberreizung, nicht in den Einrichtungen der Staatsprüfung gefunden werden. In einem so zweifelhaften Fall fordert gerade die Rücksicht auf den Kandidaten die gewissenhafteste und sorgfältigste Prüfung und es wird sich hier auch in Zukunft nicht ver-melden lassen, daß ein solcher Kandidat länger auf die Mitteilung des Prüfungsergebnisses warten muß, als bei einem entschieden günstigen oder ungünstigen Ausfalle seiner Arbeiten. Der in der Presse gemachte Vorschlag, die Fristen zwischen der Abgabe der Arbeiten und der Zulassung zur mündlichen Prüfung gleichmäßig zu be-messen, ist unbrauchbar. Weniger gute Arbeiten er-fordern längere Prüfung. Daß diese immerhin schnell vor sich geht und daß die Vorladungen zur mündlichen Prüfung gegenwärtig der Abgabe der Probefchriften bald folgen, belegt die Tatsache, daß in zahlreichen Fällen die Kandidaten um Hinausschiebung der mündlichen Prü-fung nachsuchen und daß deshalb bereits anberaumte mündliche Prüfungen wieder aufgehoben werden müssen.“

—\* Eltern, Vormünder und Lehrherren seien hiermit auf das im Jahre 1894 vom Verein „Volkswohl“ in Dresden begründete Lehrlingsheim besonders aufmerksam gemacht. Es befindet sich in dem eigenen

Grundstück des Vereins Annenstraße 49, I. und hat den Zweck, unbescholtenen jungen Leuten (Lehrlingen, Schül-tern u.), die nicht bei ihren Eltern oder Lehrherren wohnen können oder elternlos sind, das Elternhaus möglichst zu ersetzen und sie vor den Gefahren der Groß-stadt zu bewahren. Das Lehrlingsheim bietet den jungen Leuten ein gutes, rechtes Familienleben und zugleich volle Verpflegung, sowie Aufsicht und Fürsorge der Haus-eltern. Gesunde Wohn- und Schlafräume, sowie der Neu-zeit entsprechende Wasch- und Badeeinrichtungen sind vor-handen, ebenso eine Hausbibliothek, die Tageszeitungen, ein gutes Piano, Gesellschaftsspiele usw. Die Beföstigung (Schmackhaft kräftige Hausmannskost) ist gut und reichlich. Jeder Pfleger bekommt ein gutes reines Bett mit dazu gehöriger Bettwäsche, sowie Handtücher, ferner einen Schrank für Kleidung, Wäsche usw. Das Pflegegeld beträgt monatlich 35 Mark. Ausführliche Pros-pekte werden auf Wunsch zugesandt; auch ist die Besich-tigung des Instituts gern gestattet. Zur Zeit sind noch einige Stellen zu vergeben und können Anmeldungen dort erfolgen. — Auch ein Mädchenheim mit Stellenver-mittlung unterhält der Verein in Dresden, Ammon-straße 24, pt.

Dresden, 5. April. Vor dem Dresdner Amts-gericht hatte sich gestern ein gemeingefährlicher Heirats-schwindler, der Gerichtsexpedient Alwin Oskar Koch, wegen zahlreicher Betrügereien gegenüber jungen Mädchen zu ver-antworten. Der im 31. Lebensjahre stehende Schwindler war bei dem Dresdner Amtsgericht als Expedient angestellt. Obgleich er bereits seit dem Jahre 1899 verheiratet und Vater zweier Kinder ist, machte er teils durch Inserate, teils auf öffentlichen Vergünstigungen die Bekanntheit ver-schiedener junger Mädchen, versprach ihnen nach kurzer Zeit die Ehe und machte dann, zum Teil mit Erfolg, den Versuch, seine Opfer um namhafte Ersparnisse zu beschwin-deln. Eine der Getäuschten betrauert den Verlust ihrer Ersparnisse in Höhe von 582 Mark. Andere beschwindelte er um Uhren und andere Wertgegenstände. 4 Mädchen aber nahm der Betrüger die Ehe und diese erheben jetzt gegen ihn Alimentationsansprüche. Um die bebauerns-werten Mädchen ganz sicher zu machen, beschäftigte er mit seinen Opfern verschiedene Wohnungen und legte den „Bräuten“ auch fingierte Mietverträge vor. Um sie zur Vergabe der Mierte zu bewegen, die er dann natürlich für sich verbrauchte, hatte er stets ein Mietzinsquittungsbuch zur Hand, dessen Einträge er durch einen Knaben hatte anfertigen lassen, um sich selbst nicht der Urkundenfälschung schuldig zu machen. Seiner vorgelegten Behörde machte er sich einer falschen Beurkundung seines Personstandes insofern schuldig, als er sich in der Dienstliste stets als ledig auführte. Diefür hat sich der Schwindler, dem das Gericht eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten auf-erlegte, noch später vor dem Land- resp. Schwurgericht zu verantworten.

SS Dresden, 4. April. Die Würfel sind gefallen. In der heutigen Generalversammlung des Metallindustriellen-verbandes wurde beschlossen, über die in der Kreishaupt-mannschaft liegenden Verbandswerke die Sperre zu ver-hängen und alle organisierten Arbeiter auszusperren. Bei der Firma Mühlenbauanstalt Gebrüder Sedl in Schmiede-berg wurden heute morgen 700 Mann ausgesperrt. Bei Buschbeck und Hebestreit und bei der Firma Gschebath er-folgte die Aussperrung heute abend. Bei beiden Werken zusammen kommen circa 600 Arbeiter in Frage. Im-gangen werden etwa 12—15 000 Arbeiter ausgesperrt werden. — Auch die in den Betrieben beschäftigten Holz-arbeiter nehmen jetzt zu der Aussperrung der Metallarbeiter Stellung und werden sich am Donnerstag abend über vor-zunehmende Schritte schlüssig werden. — Auch der Streik der hiesigen Handelsgärtner dauert nach wie vor an. Be-